

Forschungsbericht

Pionierinnen der Willkommengesellschaft. Strukturen und Motive des Engagements für Geflüchtete

**Dr. Ulrike Hamann, Dr. Serhat Karakayali, Leif Jannis Höfler,
Laura Lambert, Leoni Meyer**

Ein Projekt des
**Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM),
Humboldt-Universität zu Berlin**
im Rahmen des
Forschungs-Interventions-Clusters „Solidarität im Wandel?“

Gefördert durch:



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration

Impressum:

Dr. Ulrike Hamann, Dr. Serhat Karakayali, Leif Jannis Höfler, Laura Lambert, Leoni Meyer / Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) (2017): Pionierinnen der Willkommenskultur. Strukturen und Motive des Engagements für Geflüchtete. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM), Humboldt-Universität zu Berlin.

Alle Rechte liegen bei den Autorinnen und Autoren.

Das vorliegende Projekt wurde durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration gefördert.

Herausgeber: Das Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung der Humboldt-Universität zu Berlin (BIM)

Kontakt:

Humboldt-Universität zu Berlin
www.hu-berlin.de

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
www.bim.hu-berlin.de
www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de

Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration
www.bundesregierung.de/Webs/Breg/DE/Bundesregierung/BeauftragtefuerIntegration/beauftragte-fuer-integration.de

Projektleitung:
Prof. Dr. Naika Foroutan
Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

FORSCHUNGS-INTERVENTIONS-CLUSTER

Das vorliegende Forschungsprojekt wurde von April bis Dezember 2016 am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) der Humboldt-Universität zu Berlin durchgeführt. Es ist eines von insgesamt 14 Projekten, die im Rahmen des Forschungs-Interventions-Clusters „Solidarität im Wandel?“ von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Staatsministerin Aydan Özoğuz gefördert wurden.

HINTERGRUND

Die gesellschaftlichen Veränderungen, die auch durch die zunehmenden Fluchtbewegungen nach Europa ausgelöst wurden, sind vielschichtig und nicht allein in Zahlen zu erfassen. Durch eine entsprechend vielfältige und breit gefächerte Forschung reagierte das Forschungs-Interventions-Cluster auf den Bedarf zivilgesellschaftlicher und politischer Akteure nach Daten, Einordnungen und Analysen dieser komplexen Veränderungen.

Dabei steht der Wunsch nach Analysen im Vordergrund, die hinter einen „Krisendiskurs“ blicken, der die Situation auf einen Notstand reduziert und das Ankommen der Geflüchteten als Krise definiert. Vielmehr geht es um das Einfangen eines komplexen Moments in der postmigrantischen Gesellschaft: Wie genau verändern sich Institutionen, Diskurse, Narrative, Einstellungen nach dem „Sommer der Migration“ in Deutschland und Europa? Wie gestaltet sich beispielsweise die viel genannte **Willkommenskultur** – wer engagiert sich, für wen, unter welchen Bedingungen? Und wie ist auf der anderen Seite der Umschwung zur **Ablehnungskultur** zu verstehen: Welche Prozesse der Entsolidarisierung beobachten wir, und in welchem Zusammenhang stehen sie zu einem breiteren, rassistischen Diskurs in Deutschland?

Diese und weitere Fragen wurden interdisziplinär und empirisch bearbeitet. Beteiligte Wissenschaftler*innen kommen aus den Bereichen der Sozial-, Kultur- und Politikwissenschaften, aus der Soziologie, Sportsoziologie, Psychologie und Europäischen Ethnologie.

Inhaltsverzeichnis

1 Projektvorstellung	5
2 Zentrale Ergebnisse	7
2.1 Vergeschlechtlichtes Engagement	7
2.1.1 Naturalisierung vergeschlechtlichter Arbeit	8
2.1.2 Geschlechter-Rollen: Pole der Thematisierung	8
2.1.3 Lernerfahrungen im Kontakt mit geflüchteten Männern	8
2.1.4 Geflüchtete Frauen: Förderung oder Zwang zur Freiheit?.....	9
2.1.5 Komplizierte Geschlechterrollen	10
2.2 Erweiterte Familien – Die Sorge um das Gemeinwesen	10
2.3 Nachhaltigkeit des Engagements und politische Haltungen der Ehrenamtlichen	12
2.3.1 Wut und Frust auf Verwaltung und Politik.....	12
2.3.2 Motivation: Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit der Geflüchteten.....	13
2.4 Integration in die postmigrantische Gesellschaft	15
2.4.1 Willkommenskultur? Einen „Weg ins neue Leben schaffen“	16
2.5 Vielfältiges Engagement: Die Zusammensetzung der Initiativen	17
2.5.1 Geflüchtete als freiwillige Helfer*innen und Einbezug von Geflüchteten.....	18
2.5.2 Migrationsgeschichte(n) der Helfer*innen.....	18
2.5.3 „Ost“ und „West“ in den Aushandlungen um Diversität.....	19
3 Handlungsempfehlungen für Politik / Zivilgesellschaft	20
3.1 Handlungsempfehlungen für die Initiativen und die Zivilgesellschaft	20
3.2 Handlungsempfehlungen für Staat und Politik	20
Literaturverzeichnis	22
Anhang: Übersicht über die Interviews	23

1. Projektvorstellung

Im „langen Sommer der Migration“ wurde in Deutschland eine Zivilgesellschaft sichtbar, die Geflüchtete schnell und unkompliziert beim Ankommen unterstützte. Inzwischen sind aus der spontanen Hilfe beeindruckende Strukturen entstanden, die arbeitsteilig, teilweise hochprofessionell und mit viel Engagement längst mehr leisten als Hilfestellungen. Sie sind ein wichtiger Baustein für den sozialen Zusammenhalt in den Kommunen. Doch wie haben sich Engagement und Engagierte verändert? Welche Motivationen treibt das ehrenamtliche Engagement für Geflüchtete an und welche Erfahrungen haben Ehrenamtliche in den vergangenen Monaten gemacht?

Bisher wurden am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung in Zusammenarbeit mit dem IMIS in Osnabrück zwei Erhebungen (Karakayali/Kleist 2015 und 2016) durchgeführt. Hier konnten bereits Fragen zu Zusammensetzung des Personenkreises ehrenamtlichen Engagements, Motivation der Ehrenamtlichen und strukturellen Bedingungen des Engagements im Laufe der Jahre 2014 (EFA 1) und 2015 (EFA 2) beantwortet werden. Außerdem konnten wir erheben, welche Strukturen sich innerhalb des freiwilligen Engagements für Geflüchtete herausgebildet haben (Hamann et al. 2016).

Weiterhin gilt es zu verstehen, welche Effekte dieses Engagement für die Migrationsgesellschaft hat, inwieweit Unterschiede in Ausmaß und Gestalt des Engagements mit Geschlechterverhältnissen zusammenhängen und wie sich Prozesse und Ziele innerhalb ehrenamtlicher Initiativen mit der Zeit verändern. Welche Einstellungen, Gefühle, Selbstverständnisse herrschen heute nach der Welle des Willkommens im Sommer 2015 bei den Ehrenamtlichen, die sich für Geflüchtete engagieren?

Für das vorliegende Projekt wurden ehrenamtliche Initiativen in Kommunen unterschiedlicher Größe in Sachsen, Brandenburg und Berlin zu diesen Aspekten ihrer Tätigkeit befragt. **Gruppeninterviews** boten die Möglichkeit, Flüchtlingshelfer*innen miteinander ins Gespräch zu bringen und dabei die Formierung von Ansichten, den Austausch von Argumenten und mögliche Kontroversen zu analysieren. In **halbstrukturierten Einzelinterviews** konnten zudem persönliche Motivationen, Einstellungen und Wahrnehmungen der eigenen ehrenamtlichen Tätigkeit erfragt werden.

Die Gespräche wurden dahingehend analysiert, wie verschiedene Dimensionen der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten von den Engagierten selbst wahrgenommen und voneinander abgegrenzt werden – von der Nothilfe, über politischen Aktivismus bis hin zur Gestaltung von Gesellschaft. Von Interesse ist dafür ein Verständnis der Beschreibung der eigenen Tätigkeiten, sowie der gesellschaftlichen, persönlichen und emotionalen Faktoren, die ein langfristiges Engagement begünstigen können.

Das Forschungsprojekt konnte inhaltlich auf den bisherigen Forschungen zur ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit der Projektmitarbeitenden zu der Zusammensetzung der Ehrenamtlichen, ihren Motivationen und den strukturellen Bedingungen des Engagements (Karakayali/ Kleist 2015, 2016) wie auch zu den entstandenen Strukturen des freiwilligen Engagements für Geflüchtete (Hamann et al. 2016) aufgebaut werden. Daran anschließend wurden für dieses Projekt vertiefende Fragestellungen gegenüber den Ehrenamtlichen entwickelt.

Insgesamt wurden mit Vertreter*innen von 12 Willkommensinitiativen aus 11 Kommunen Interviews geführt. Dabei wurden 8 Fokusgruppen bzw. Gruppeninterviews, in denen jeweils ca. 5-8 Teilnehmende miteinander über ihr Ehrenamt diskutierten, und 14 halbstrukturierte Einzelinterviews zu den persönlichen Erfahrungen und Einstellungen der Ehrenamtlichen geführt.

Die Kommunen umfassten: Berlin -Moabit, -Wannsee, -Reinickendorf und -Tempelhof; Dallgow-Döberitz (Havelland); Wandlitz (Barnim); Dresden-Gorbitz und -Pieschen; Groß Schönebeck (Schorfheide); Oderberg (Barnim); Rangsdorf (Teltow-Fläming). Diese decken eine Spannweite

unterschiedlicher Gemeindegrößen von der Land- (unter 5.000 Einwohner) bis zur Großstadt (über 100.000) ab. Bis auf die Westberliner Bezirke wurde im Projektverlauf auf die ursprünglich geplante Befragung westdeutscher Kommunen verzichtet. Im Hinblick auf die kurze Projektdauer schien eine Untersuchung ostdeutscher Kommunen besonders relevant, da in ihnen Willkommensinitiativen meist ein neues Phänomen sind und bisher wenig Forschung zu ihnen existiert. An den Interviews nahmen insgesamt 62 Engagierte teil. Davon sind 37 weiblich. Das Durchschnittsalter liegt bei 52 Jahren mit einer Altersspanne von 18-78 Jahren. Fünf der Befragten haben einen Migrationshintergrund.

2. Zentrale Ergebnisse

Ehrenamt bedeutet auch, gemeinsam mit anderen Menschen Sorgearbeit zu leisten – eine aufgrund der menschlichen Verletzlichkeit notwendige gesellschaftliche Arbeit (vgl. Klinger 2014). Im Vergleich zu einigen anderen Ehrenamtsbereichen scheint die mit Flüchtlingen geleistete Sorgearbeit zentral für dieses Arbeitsfeld zu sein: Die Ehrenamtlichen kompensieren mangelnde staatliche Versorgungsleistungen wie Gesundheitsversorgung, Unterkunft oder Sprachunterricht, bieten Orientierung und emotionale Unterstützung (vgl. Karakayali/Kleist 2015, 2016) – und erfahren diese, wie unsere Interviews zeigen, auch durch die Geflüchteten und anderen Ehrenamtlichen.

Quantitative Studien haben, wenn auch mit unterschiedlichen Quoten, gezeigt, dass der Anteil von Frauen in diesem Ehrenamtsbereich höher ist als in anderen Ehrenamtsbereichen (Karakayali/Kleist 2015; Eisnecker/Schupp 2016). Angesichts der gesellschaftlichen Prägung von Sorgearbeit als weiterhin primär weibliche Arbeit stellt sich besonders die Frage danach, wie sich Geschlechterverhältnisse in den Initiativen niederschlagen, wie sie ausgehandelt werden und in welchem Verhältnis sie zu anderen Diskriminierungskategorien stehen.

Des Weiteren leistet das ehrenamtliche Engagement im Feld der Flucht einen wichtigen Beitrag, um die Stimmung in den Gemeinden gegen Migration und Geflüchtete aufzufangen und in eine Atmosphäre zu verwandeln, in der rechte politische Agitation und Praxis weniger Halt und Form bekommt (vgl. Hamann et al. 2016, Speth/Becker 2016). Insbesondere in den hier untersuchten ostdeutschen Kommunen ist eine Auseinandersetzung mit teilweise aggressiv vorgetragenen Ängsten notwendig und sie wird oftmals von den Initiativen geführt. Die Initiativen sorgen somit nicht nur für die Geflüchteten, sondern auch für den sozialen Zusammenhalt vor Ort.

Eines ihrer wesentlichen Merkmale ist ihre soziale und politische Diversität. Die hier untersuchte Gruppenzusammensetzung gibt Einblick in ein Feld der sozialen Vielfalt im Hinblick auf Alter, Bildungs- und Migrationshintergrund, ökonomische Situiertheit und politische Ansichten.

2.1. Vergeschlechtlichtes Engagement

Ehrenamtliche Flüchtlingsarbeit ist eine überwiegend vergeschlechtlichte Tätigkeit. Die meisten der Befragten benennen eine gewisse Überrepräsentation von Frauen in ihren lokalen Initiativen, in spezifischen Tätigkeitsfeldern oder in der investierten Zeit. In großstädtischen Initiativen bringen sich auch viele LGBT* ein.

Tätigkeiten, welche die Ehrenamtlichen als überwiegend von Frauen geleistet darstellen, fallen in den Bereich weiblich konnotierter Sorgearbeit: Die Kleiderkammer wird mehrfach als eine überwiegend von Frauen ausgeübte Arbeit benannt, Arbeit in der Küche, Kinderbetreuung, Deutschunterricht, Unterstützung bei der Wohnungssuche und Beratung als stärker von Frauen getragen. Bei Ausflügen und in der Fahrradwerkstatt sind dagegen auch Männer aktiv. Leitende Tätigkeiten wie Koordination, Außendarstellung und Netzwerkarbeit werden von Männern ähnlich oft ausgeübt wie von Frauen. Ein Verein verweist auf die zahlreichen Bedrohungen, denen sein weiblicher Vorstand ausgesetzt ist und sieht eine Ursache in der geringen gesellschaftlichen Akzeptanz „starker Frauen“ (G1)¹.

Dennoch sind die Willkommensinitiativen auch ein Raum für das Minderwerden von gender- und Sexualitätsnormen: Frauen übernehmen Führungspositionen, Männer Care-Arbeit für Geflüchtete, LGBT* nehmen selbstverständlich teil und konfrontieren traditionelle Weiblichkeits- und Männlichkeitsvorstellungen mit Perspektiven auf (geteilte) Vulnerabilitäten. Allgemein wird die

¹ Die Zuordnung der Interviewpartner*innen zum verwendeten Kürzel E1, G1, etc. erfolgt über die Tabelle im Anhang. „E“ steht für Einzelinterview, „G“ steht für Gruppeninterview.

in den Initiativen getätigte Care-Arbeit als zentraler Aspekt der gemeinsamen Arbeit betrachtet und erfährt damit zumindest in den Initiativen eine gewisse Anerkennung.

2.1.1. Naturalisierung vergeschlechtlicher Arbeit

Vor dem Hintergrund von aktiven Männern in den meisten Initiativen nennen die Engagierten überwiegend vergeschlechtliche Gründe für das stärkere Engagement von Frauen: Frauen hätten als (frühere) Hausfrauen und Mütter oder Teilzeitarbeitende entweder mehr Zeit oder sie besäßen eine größere soziale Erfahrung und Kompetenz im Hinblick auf Kindererziehung, Empathie- und Beziehungsfähigkeit, Emotionalität und Sorge. Mit der Begründung über weiblich codierte Eigenschaften wird das Engagement von Frauen in diesem sozialen Sektor naturalisiert. Ein ehrenamtlicher Mann sieht beispielsweise im „Kümmern“ um Geflüchtete eine Aufgabe wie sie Mütter für ihre Kinder übernehmen, „die auch relativ nah ist, die also keine besonderen Fähigkeiten erfordert“ (E8). Frauen, die diesen klassischen Weiblichkeitsrollen innerhalb der Initiativen nicht entsprechen, scheinen sich zu rechtfertigen, warum sie selbst technisch-administrative oder leitende Aufgaben übernehmen.

Die relativ geringe Beteiligung von Männern in diesem Tätigkeitsfeld wird dagegen teilweise gerechtfertigt – entweder über das Argument fehlender Zeit oder indem ihnen „Berührungsängste“, Schüchternheit oder Schwierigkeiten, „Emotionalität zu zeigen“ attestiert werden (G1, G6). Dieses männlich codierte Verhalten wird damit zwar als Problem gefasst, durch die Psychologisierung aber einer möglichen Weiterentwicklung und Veränderung tendenziell entzogen.

2.1.2. Geschlechter-Rollen: Pole der Thematisierung

In den meisten Initiativen gibt es nach eigener Auskunft keine Verständigung über diese vergeschlechtliche Rollenaufteilung unter den Ehrenamtlichen. Genderrollen und Sexismus hätten sich Aktive bisher entweder nicht vergegenwärtigt oder nicht die Notwendigkeit gesehen, diese zu thematisieren: Eine Ehrenamtliche, der persönlich das Ansprechen von Geschlechterverhältnissen wichtig ist, sieht innerhalb der Willkommensinitiative davon ab. Ein anderer Ehrenamtlicher fände es „ganz schön schlimm“, wenn sie in der Initiative dazu „irgendwas diskutieren müssen“ (E5). Teilweise scheint die zentrale Handlungslogik einiger Willkommensinitiativen „einfach machen“ oder „einfach helfen“ zur Dethematisierung von Ungleichheitsverhältnissen innerhalb der Initiativen beizutragen (G1, E8): „I1: Das war so großartig. Also es ging weder um Nationalität noch um eine sexuelle Ausrichtung noch um ... Behinderung oder nicht. I2: Einfach helfen, machen“ (G1).

Dieses Schweigen ist deshalb besonders auffällig, weil es mit einer gehäuften Thematisierung der Gender-Rollen bei Geflüchteten einhergeht. Im Gegensatz zu den Geschlechterverhältnissen unter den Ehrenamtlichen sieht die große Mehrheit der befragten Ehrenamtlichen die Thematisierung von Gender-Rollen gegenüber Geflüchteten als wichtig an: „Also im Verein ist es überhaupt kein Thema, aber mit den Flüchtlingen reden wir natürlich“ (E14).

2.1.3. Lernerfahrungen im Kontakt mit geflüchteten Männern

Viele der Ehrenamtlichen schildern, wie sie ihre eigenen pauschalisierenden Bilder über Frauenfeindlichkeit bei geflüchteten Männern kritisch reflektiert haben. In den meisten Fällen wird diese Reflexion als ein Prozess dargestellt, in dem die ehrenamtlichen Frauen zu Beginn „Berührungsängste“ gegenüber geflüchteten Männern schildern, welche sie in der praktischen Zusammenarbeit schließlich relativieren:

„Bei mir war es so, dass ich gerne am Anfang Kinder, Familie, in diese Richtung wollte [...]. Zu alleinstehenden Männern oder Familienvätern, die ihre Familie hier nicht hier haben,

hatte ich am Anfang unheimliche Berührungsängste, das war überhaupt nicht mein Ding. Das ergab sich dann aber einfach, im Moment habe ich eigentlich nur noch mit alleinstehenden Männern zu tun und [es] geht erstaunlich gut.“ (G7)

Besonders sticht für viele der ehrenamtlichen Frauen der „Respekt“ hervor, den ihnen die geflüchteten Männer entgegenbringen: „Also meine [jugendliche] Tochter hat selber gesagt, sie wurde noch nie so [...] freundlich, behandelt und zuvorkommend. [...] Sie wurde eben sehr, sehr höflich und zuvorkommend behandelt, sehr freundlich, distanziert, alles gut, absolut respektvoll.“ (G4). Interessanterweise zeigen sich einige ehrenamtliche Männer und Frauen mit der von ihnen beobachteten Emotionalität einiger geflüchteter Männer überfordert, die sich nicht mit ihren Männlichkeitsvorstellungen deckt: „Gestern zum Beispiel war es für mich schon komisch, wenn so ein gestandener Mann wie M., also einer der syrischen Männer, wirklich bitterlich geweint hat, weil er sich von mir verabschieden muss“ (E10).

Diese Lernerfahrungen der Ehrenamtlichen sind ein wichtiges Korrektiv einseitiger Diskurse, in denen Geflüchtete zu sexistischen Anderen stereotypisiert werden (vgl. Dietze 2016). Dabei sind sich die Ehrenamtlichen der korrektiven Bedeutung ihrer Erzählungen über den realen Kontakt mit Geflüchteten bewusst. Im Gespräch mit Nachbar*innen oder Kolleg*innen konfrontieren sie deren Erwartungen mit Erzählungen über ihre Erfahrungen. Die Ehrenamtlichen bewegen sich dabei allerdings in einer anspruchsvollen Diskursposition, in der sie die gesellschaftlichen Geschlechterzuschreibungen an Geflüchtete mit ihren persönlichen Erfahrungen mit den Genderrollen der Geflüchteten in Einklang bringen müssen. Diese Ambivalenzen münden teilweise in wechselseitigen Relativierungen: Eine Ehrenamtliche betont die Wichtigkeit, als „Kulturvermittler unserer Werte“ den Geflüchteten die Gleichstellung der Geschlechter näher zu bringen und erklärt auf Nachfrage einer anderen Ehrenamtlichen, dass sie selbst nur respektvolles Verhalten beobachtet habe, und schließt dann mit der Bemerkung „ich rede aber auch mit denen darüber“ (G4). Dass die geflüchteten Männer sich respektvoll gegenüber Frauen verhalten, wird damit (auch) auf die pädagogischen Anstrengungen der Ehrenamtlichen selbst zurückgeführt. Andere Ehrenamtliche hingegen betonen den „Respekt von Anfang an“, den sie erfahren haben – als ein Verhalten und eine Wertorientierung, die die Geflüchteten selbst mitbringen (G3).

2.1.4. Geflüchtete Frauen: Förderung oder Zwang zur Freiheit?

Geflüchtete Frauen liegen im besonderen Augenmerk der Ehrenamtlichen. Viele der Initiativen bemühen sich, Angebote zur spezifischen Förderung von Frauen zu schaffen. Diese reichen von Sport- und Sprachangeboten und Kinderbetreuung zu Frauenräumen durch eigene AGs oder Cafés. Als begrüßenswerte Förderung wird diese allerdings zum Teil mit einer Viktimisierung der geflüchteten Frauen, die durch man durch den Einsatz der deutschen Ehrenamtlichen zu befreien habe. Dabei sind es in unseren Interviews mit Ehrenamtlichen ausschließlich Männer, die geflüchtete Frauen als im Privaten eingeschlossen beschreiben und die eigene Aufgabe darin sehen, diese zu emanzipieren. Ein Ehrenamtlicher betrachtet die Befreiung der geflüchteten Frau als „Dreh- und Angelpunkt, wenn wir muslimische Flüchtlinge überhaupt in unsere Gesellschaft integrieren wollen“ (G2). Ein anderer betont, dass es „ganz wichtig“ ist, „die Frauen rauszuholen, dass sie eben nicht nur kochen, nicht nur Kinder kriegen, sondern eben auch zum Sport gehen“ (E14). Die Unterstützung geflüchteter Frauen läuft dabei Gefahr, zu einem Zwangsverhältnis zu werden. Zudem werden Kindererziehung und der Kindergartenbesuch der Kinder einseitig in den Verantwortungsbereich der Frau verlagert. Unter besonderer Beweislast ihres Integrationswillens stehen dabei Frauen mit Kopftuch. Letztlich berufen sich die ehrenamtlichen Männer damit auf ein Repertoire an Vorurteilen gegenüber geflüchteten Frauen, die auch Effekte auf die Unterstützung haben, die diese Frauen erhalten.

Ehrenamtliche Frauen äußern dagegen auch Verständnis für die Situation der geflüchteten Frauen: Eine Ehrenamtliche etwa kann die Schwierigkeit nachvollziehen, sich in einem Deutschkurs mit vielen Männern wohl zu fühlen und eine andere lobt die „Eigeninitiative“ einer Geflüchteten als „Rädelsführerin“ ihrer Familie bei der Wohnungssuche (G7). Auch berichten Ehrenamtliche von dem besonderen Wert eines Erfahrungsaustausches unter Frauen, wie gemeinsamen Überlegungen zum Kopftuchtragen der 13-jährigen Tochter oder über Abtreibungen.

2.1.5. Komplizierte Geschlechterrollen

Neben diesen, eher von Stereotypen geprägten Wahrnehmungsmustern, gibt es aber auch zahlreiche Beispiele dafür, wie Ehrenamtliche ihre Vorstellungen über Geschlechterrollen in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten korrigieren. So berichten ehrenamtliche Frauen von ihrem Erstaunen als ihnen geflüchtete Jugendliche erzählen, dass es in Afghanistan eine ärztliche Praxis der Abtreibung gibt, oder sie erzählen, dass ein Kopftuch zu tragen auch ein „Akt der Befreiung“ für Frauen sein könne, die dies früher nicht durften (G2). Eine Ehrenamtliche mit Rassismuserfahrung wiederum findet es nicht problematisch, dass ihr ein einzelner geflüchteter Mann nicht die Hand schüttelt, weil er „sonst sehr freundlich und nett zu mir“ ist (G4). Der Respekt gegenüber Frauen wird damit als Verhalten und Einstellung mit mehreren möglichen Ausdrucksweisen entworfen, in der Freundlichkeit mindestens gleichrangig mit Händeschütteln ist.

Die Abwertung handwerklicher Fähigkeiten von Frauen, die ein Ehrenamtlicher bei einem Geflüchteten beobachtet hat, kontextualisiert er durch den Verweis auf den Sexismus in Deutschland: „das ist jetzt für mich jetzt kein kulturelles Problem, weil deutsche Männer sind genauso scheiße in der Hinsicht“ (G1). Die rechtliche Diskriminierung von Frauen in der alten Bundesrepublik ist für einige ostdeutsche Frauen ein Beleg für die junge Geschichte und Bedeutung der rechtlichen Gleichstellung für die Geschlechtergleichheit.

Ein homosexueller Ehrenamtlicher betont in der Unterstützung von homosexuellen Geflüchteten die Notwendigkeit, von einer westlichen öffentlichen LGBT*-Identität, die auf *coming and being out of the closet* basiert, abzurücken: „Aber für die [LGBT*-Institutionen] ist das auch Neuland. [...] Und dann übersetzt man halt so dieses CSD-Ding „ich bin hier, ich bin stolz, gay pride etc.“ [Lachen] und dieses Ding können die nicht so auf andere Leute transportieren. Das versuchen sie manchmal und da versuch ich zu sagen: ‚Hey Leute, lasst denen ein bisschen Zeit. Lasst die erstmal ankommen hier und die finden das schon selber raus‘“ (G1). Er berichtet auch davon, wie er im Kontakt mit Geflüchteten seine Vorstellung von unterdrückter sexueller Freiheit in den Herkunftskontexten der Geflüchteten hinterfragen konnte: „Auch ich dachte immer die machen keine Party und solche Geschichten, da passiert nix. Aber hinter verschlossener Tür passiert natürlich trotzdem alles. [...] So wie bei uns auch. Aber man muss halt auch mal wissen unter welchen Umständen“ (G1).

2.2. Erweiterte Familien – Die Sorge um das Gemeinwesen

Eine der leitenden Fragen unseres Forschungsprojekts war es, besser zu verstehen, welche gesellschaftspolitische Rolle Ehrenamtlichen in einer politisch erhitzten Debatte zukommt und wie Ehrenamtliche selbst diese Rolle definieren. Denn während viel über die Ablehnung von und Skepsis über Geflüchtete gesprochen wird, hat das öffentliche Interesse an denjenigen, die mehrheitlich die Integrationsarbeit in Deutschland leisten, abgenommen. Die Ehrenamtlichen mögen weitgehend aus der Berichterstattung verdrängt worden sein, das heißt jedoch nicht, dass ihre Arbeit nicht auch gesellschaftspolitische Relevanz hätte. Sehr viele begründen ihr Engagement neben humanistischen Motiven oder einfacher Empathie mit der Lage Geflüchteter mit einer Art Sorge um das Gemeinwesen. Sich Sorgen, das Sich-Zuständig-Fühlen und Verantwortung übernehmen, wo andere (oftmals staatliche oder politische Institutionen) dies aus verschiedenen Gründen

nicht tun, verstehen wir als ein übergreifendes Motiv, das sich auf unterschiedlichen Ebenen sozialer Beziehungen äußert und zum Teil auch miteinander in Verbindung steht. Da wäre zunächst die Arbeit mit Flüchtlingen selbst, in der es eine gewisse Bandbreite zu geben scheint zwischen einer semi-professionellen Haltung, bei der es darum geht, eine emotionale Distanz zu den Geflüchteten aufrechtzuerhalten, und einer weitverbreiteten Familienmetaphorik im Umgang zwischen Ehrenamtlichen und Geflüchteten.

Im sozialen Kontakt zwischen Geflüchteten und vielen der Ehrenamtlichen haben sich soziale Nahbeziehungen entwickelt, die viele der Befragten als Familienbeziehungen ansehen. Die Ehrenamtlichen bezeichnen sich als „Mama“, „Papa“ oder „Oma“ einzelner neu Angekommener und werden nach eigener Aussage auch von ihnen so adressiert – zum Teil mit Verweis darauf, dass beide auch Eltern oder Kinder an anderen Orten haben.

Die Ehrenamtlichen schwanken zwischen Annahme und Skepsis gegenüber dieser Familialität – und gelegentlich wird sie auch als Folge der „arabischen Kultur“ gedeutet, einer der wenigen als kulturell verstandenen Eigenschaften, die von vielen der in Deutschland tätigen Ehrenamtlichen eher positiv belegt sind. Diese Bezeichnungspraxis orientiert sich ganz offensichtlich nicht an den gesetzlichen Bestimmungen die Wesen und Grenzen der Familie in Deutschland bestimmen, sondern an einer übertragbaren Eigenschaft von Familien, der gegenseitigen Sorge. Ohne auf die umfangreiche Literatur zur Metaphorik des Politischen eingehen zu können, sei doch hier darauf hingewiesen, dass es eine lange Tradition von Familienmetaphern gibt (z.B. die „Brüderlichkeit“ der Französischen Revolution) mit denen mikrosoziale Formen der Gebundenheit und Gemeinschaft auf größere gesellschaftliche Zusammenhänge übertragen werden. Von einer solchen, unmittelbar gesellschaftspolitischen Verwendung der Familienmetaphorik lässt sich im Rahmen unserer Forschungsergebnisse nicht sprechen. Vielmehr kann man eine Art Homologie des Sorgens beobachten in dem Sinne, dass die Sorge um die Flüchtlinge ähnlich aufgebaut ist wie die Sorge um das Gemeinwesen. Was die Familienmetapher auch transportiert, ist offenbar so etwas wie Ambiguitätstoleranz. Wenn sich Ehrenamtliche um die Stimmung in der Nachbarschaft oder im Ort sorgen und sich auch aus diesem Grund engagieren, ist dies oft mit der Bereitschaft verbunden, den Dialog auch mit denen zu führen, die der Aufnahme von Flüchtlingen eher ablehnend gegenüberstehen und mit ihnen „irgendwie trotzdem in eine verbale Auseinandersetzung zu kommen“ (E9). Viele Ehrenamtliche berichten über Kontroversen, die sie in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis über die Flüchtlingsthematik haben und über die teilweise erfolgreiche Differenzierungsarbeit, die sie leisten. So berichten unsere Interviewpartner zum Beispiel davon, wie ein Engagierter, der selbst Motorrad fährt einen arabischen Filmabend in einem Biker-Club organisiert, der eher für seine ablehnende Einstellung gegenüber Geflüchteten bekannt war.

Insgesamt ist die Haltung der Ehrenamtlichen, dass auch sogenannte asylkritische Ansichten geäußert werden sollen, solange bestimmte Grenzen der Zivilität nicht überschritten werden: „Wir sehen das relativ gelassen und solange ein Anstand gewahrt wird, der bisher nicht verlassen wird. Die Leute kommen auch auf unsere Versammlungen und sind da nicht unangenehm“ (G8) Die auf den ersten Blick scheinbar unpolitische Haltung vieler Ehrenamtlicher erweist sich dabei gleichsam als Vorteil, da sie den Konflikt nicht an der Verwendung einer bestimmten Sprache sucht, sondern die Möglichkeitsräume erweitert, Konflikte um die Form des Zusammenlebens auszutragen.

Die Sorge um die Geflüchteten, die sich in der erweiterten Familie ausdrückt hat noch eine weitere Qualität: Sie schafft die emotionale Basis für eine verbindliche, umfassende Unterstützung der Geflüchteten, die sich besonders im Vergleich zu anderen ehrenamtlichen Aktivitäten durch die Kontinuität und den Umfang der Sorge auszeichnet: Eine Ehrenamtliche berichtet davon wie sie als „Mama“ einen jungen Erwachsenen nicht nur zu den Behörden und Ärzt*innen begleitet und ihm Deutsch beibringt, sondern sie auch täglich gemeinsam Abendessen und Hausaufgaben machen. Auf Grundlage der emotionalen Nähe scheinen sich die Befragten intensiv auf die Einzelnen einlassen zu können. Zwar ist diese intensive Unterstützung auf einzelne Geflüchtete beschränkt, aber gelegentlich entspannen sich auf Grundlage dieser Beziehungen größere Netzwerke der Unterstützung.

Der (drohende) Verlust dieser Nahbeziehungen, durch Wegzug oder Abschiebungsandrohungen, löst bei manchen Ehrenamtlichen Schmerz und Verzweiflung aus: „Und dann kam heraus, dass er diesen Abschiebebescheid hat und deshalb, der war fix und fertig, dieser Kerl. Dann habe ich gesagt, iss Kind, iss. Das sind alles meine Kinder irgendwie. Ja und was mache ich nun? Dann hat mein Mann sie dann kurz angeschrieben, was machen wir, Kirchen-Asyl und Amnesty und haben wir alles gemacht und im Moment wissen wir gar nicht so richtig wo er ist“ (G5). Der drohende Verlust eines als Familienmitglied wahrgenommenen Menschen kann auch dazu führen, dass Ehrenamtliche bestehende rechtliche Schranken oder Verwaltungsvorschriften ablehnen. Damit gehen Gefühle von Frustration und Wut einher, die im Umgang mit staatlichen Stellen und Behörden entstehen.

2.3. Nachhaltigkeit des Engagements und politische Haltungen der Ehrenamtlichen

Ein Untersuchungsbereich richtete sich auf die oftmals angenommene Ermüdung der Ehrenamtlichen in Willkommensinitiativen. In einer Ausgangsthese fassten wir die möglichen Ermüdungserscheinungen relativ offen und gingen davon aus, dass das Engagement zwar anhält, wie wir bereits in anderen Studien feststellen konnten (vgl. Hamann et al. 2016), allerdings bestimmte Umstände die Kontinuität des Engagements beeinflussen könnten. Da einerseits das Themenfeld Flucht medial sehr unterschiedlichen politischen Konjunkturen ausgesetzt ist und andererseits die Perspektive der Initiativen oftmals nicht öffentlich sichtbar wird, wollten wir wissen, was die Initiativen und die einzelnen Engagierten bewegt, welche Faktoren ihre Arbeit negativ beeinflussen und welche Wirkung ihrer Arbeit sie im sozialräumlichen Gefüge erkennen. Aus diesen Diskussionen und Antworten zeigen wir hier eine erste Analyse der Frustrationsmomente aber auch der Motivation der Engagierten, geben einen Blick in ihr Verständnis von sozialem Zusammenhalt, Integration und Willkommenskultur.

2.3.1. Wut und Frust auf Verwaltung und Politik

„Also wir haben gemerkt, wie der Staat uns an allen Ecken und Kanten behindert, schnell, unbürokratisch, Leute in Arbeit, Praktikum oder Wohnung zu kriegen. Das ist nach wie vor eine Katastrophe.“ (G8)

Unter den vielen Ehrenamtlichen macht sich eine ausgesprochene Frustration und Wut bemerkbar, die mit negativen Erfahrungen mit Behörden in Zusammenhang gebracht werden. Ehrenamtliche haben den Eindruck, dass ihr Engagement ins Leere läuft und Teilhabechancen für Geflüchtete durch Behörden blockiert werden. Sie erleben etwa, wie Wartezeiten für relevante Entscheidungen dazu führen, dass Chancen, die ihnen aufgrund des Engagements ermöglicht wurden (z.B.

Wohnung, Ausbildungsplatz), nicht mehr wahrgenommen werden können. Dieser zentrale und wiederkehrende Punkt wird begleitet von einer äußerst kritischen Sicht auf die Politik, sowohl auf Bundes- als auch auf kommunaler Ebene. Insbesondere das neue Integrationsgesetz wird aus der Sicht der Praxis in seiner Zielsetzung (Fördern und Fordern), wie auch in einzelnen Aspekten kritisiert – da die durch das Gesetz entstehende Stimmung die Arbeit der Initiativen erschwert und „Vorurteile fördert“:

„Es wird suggeriert, die sind nicht bereit, sich zu integrieren oder Kurse zu machen. Dieser Unterton ist dabei und deswegen ist genau diese Art zu kommunizieren, also auch der Politik, ist wirklich eine Schande, weil es fördert einfach schlechte Stimmung im Land und es fördert Vorurteile.“ (G4)

Neben dem Integrationsgesetz wird auch die asylpolitisch induzierte Ungleichbehandlung von Geflüchteten kritisiert. Dass z.B. afghanische Geflüchtete keine Integrationskurse bekommen, empfinden die Ehrenamtlichen als „ein Hängenlassen der Leute, im schlimmsten Fall ist es ein Spielen mit der Psyche der Menschen.“ (E5). Sie bemängeln diese Politik, die in vielen Fällen dazu führt, dass Geflüchtete nicht genügend Deutschkenntnisse nachweisen können, um einen angebotenen Ausbildungsplatz antreten zu können und darüber mittels einer Ausbildungsduldung ihre Bleibeperspektive in Deutschland zu sichern (§ 60a Abs. 2 S. 4 AufenthG). Ehrenamtliche gehen auch dazu über, ihren Ärger über die durch die Asylgesetze entstehende Ungleichheit unter den Geflüchteten öffentlich zu thematisieren. Insbesondere der durch das Asylpaket II erschwerte Familiennachzug bringt manche dazu, gemeinsam mit den Geflüchteten zu demonstrieren oder offene Briefe zu schreiben. Frustriert sind Engagierte auch dort, wo ihre Arbeit nicht ausreichend anerkannt bzw. wertgeschätzt wird, sowohl beim Umgang mit Hauptamtlichen, als mit Geflüchteten selbst. Offenbar entsteht diese Situation auch dadurch, dass Geflüchtete Ehrenamtliche als Angestellte des Staates wahrnehmen.

2.3.2. Motivation: Verantwortung für den sozialen Zusammenhalt und die Sicherheit der Geflüchteten

„...ja wir hatten einfach auch Schiss, dass die Rechten ganz schnell stark werden und da haben wir gedacht, wir müssen sofort was dagegen machen.“ (G4)

Die Arbeit der Initiativen scheint einen gewissen Einfluss auf das Ausbreiten rechtsextremer Positionen zu haben (Speth/ Becker 2016: 40, Hamann et al. 2016). In den Gruppen- und Einzelinterviews wurde das Thema „Stimmung im Ort“ oftmals durch unsere Frage nach der Gründungsmotivation angestoßen. Bei den meisten interviewten Initiativen stand die Auseinandersetzung mit rassistischen Haltungen im Ort und Stimmungen gegen Geflüchtete am Beginn ihres Engagements. Sie erlebten in ihrem Ort eine vorher ungeahnte Verrohung und Radikalität, die sich in öffentlichen Diskussionen – etwa anlässlich von Informationsveranstaltungen – zeigte und von den Engagierten oft als „aufgeheizte Stimmung“ wahrgenommen wurde, in der sie Stellung bezogen haben. Sie müssen dabei auf verbale Aggressivität und körperliche Gewaltandrohung reagieren und erleben teilweise eine „Pogromstimmung“ (G 4).

Gleichwohl sehen sich die Ehrenamtlichen teilweise in der Verantwortung, eine Eskalation im Ort zu verhindern, insbesondere im Interesse der Geflüchteten. Die Information über die Gefahr eines rechtsradikalen Angriffs scheint sich auch unter Geflüchteten schnell zu verbreiten, so stellte ein Ehrenamtlicher im Deutschunterricht fest:

„die Gruppe die ich ja habe, kann so gut wie gar kein Deutsch und dann kam aber plötzlich dieses Wort Nazi und dann denke ich, Mensch, [sie] kennen sonst kein Deutsch, aber Nazi wussten sie. Und dann habe ich denen das erklärt und dann sagen die, ja, okay und dann habe ich gesagt, weil die auch kleine Kinder haben, ich sage, dann geht möglichst dann an diesem Tag dann halt nicht nach Wandlitz hin.“ (G2)

Auch in Dresden wurde von der Opferberatung der RAA Sachsen e.V. und vielen Ehrenamtlichen Ähnliches berichtet (vgl. Forschungsprojekt 9). Unter Geflüchteten sei bekannt, dass sie an Montagabenden (während der Pegida-Demonstration) nicht in die Innenstadt gehen sollten. Diese lernen demnach schon nach kurzer Zeit, dass der öffentliche Raum an bestimmten Tagen von ihnen feindlich eingestellten Personengruppen besetzt ist. Die politische Verantwortung für die Stimmungslage, an der nicht zuletzt die körperliche Integrität der Geflüchteten hängt, wird nach Darstellung der Ehrenamtlichen (hier überwiegend in ostdeutschen Kommunen) von ihnen allein getragen.

In diesem Sinne der Verantwortungsübernahme versuchen Initiativen aktiv, das 'Kippen' der Stimmung zu verhindern. Sie tun das im eigenen Interesse, im Interesse der Geflüchteten und für den sozialen Zusammenhalt insgesamt. Dabei wird allerdings auch deutlich, dass aufkommende Konflikte nicht verdeckt werden müssen, sondern im Gegenteil das Austragen des Konflikts und das Position-Beziehen für eine offene Gesellschaft die Chance birgt, diese zu erzeugen.:

„Genau so, und als es bei uns angefangen hat, das stand ganz groß auf der Kippe in Wandlitz, vor vier Jahren. [...] Es ging hoch her, mit ziemlich bösen rassistischen Äußerungen, es stand wirklich 50 zu 50 Prozent. Und es sah so aus, als ob das ganze Thema kippt, zu unseren Ungunsten. Und dann ist eben der M. aufgestanden und hat gesagt: Hört mal her, überlegt euch mal, wer seid ihr denn überhaupt? Wir helfen hier Menschen in Not, und hat wirklich mit viel Herz und Empathie gesprochen und hat es geschafft, die Mehrheit der Bevölkerung, der Stimmung zu kippen. Und das war der entscheidende Grundsatz, dass dann die 100 Flüchtlinge kommen konnten. Und dann mit einem Mal kamen die Hilfsangebote von unseren Bürgern.“ (G2)

Bei dem Bemühen um eine offene Stimmung gegenüber Geflüchteten und einem Eintreten gegen Rassismus, fühlen sich die Initiativen von der Bundespolitik allein gelassen. Die fehlende „klare Kante“ (G2) gegenüber Rassismus empfinden sie als gefährlich:

„[Die Geflüchteten] wollen auch in Groß Schönebeck bleiben und das finde ich eben toll, dass sie sich wohl fühlen und dass sie auch (...) die Kinder spielen miteinander auf dem Spielplatz, das ist überhaupt kein Thema (...) und von daher, von der Politik erwarte ich gar nichts mehr. Also, da bin ich bei ihm, also alles was wir sehen ist vordergründig Aktionismus, wir sehen wie Seehofer die AFD hochredet, indem er deren Argumente übernimmt und damit notariell beglaubigt (lacht), nicht da sagen die Bürger, da wählen wir doch lieber das Original. Das ist ja das irre, ja, wenn von Anfang an die Politik klare Kante gezeigt hätte und nicht deren Begriffe immer sukzessive übernommen hätte, wäre das gar nicht das Thema gewesen“ (G2).

Um trotzdem gegen die rechtsextreme Agitation vorzugehen, entwickeln die Initiativen verschiedene Strategien. Sie zeigen erstens die „klare Kante“, also widersprechen diesen Positionen ausdrücklich und öffentlich, sie gehen zweitens Behauptungen und Legenden nach und setzen z.B. eine Webseite auf, wo sie lokale Gerüchte über vermeintliche negative Taten von Geflüchteten

widerlegen, sie versuchen drittens die Interessen der Anwohner*innen mit denen der Geflüchteten zu verbinden und auf diese Weise für die Region bessere strukturelle Bedingungen (z.B. bessere Nahverkehrsanbindung) zu erringen, oder viertens Begegnungen zwischen Geflüchteten und vorurteilsbeladenen Anwohner*innen zu organisieren. Ehrenamtliche nehmen ihren Pionierstatus dabei durchaus ernst und bewegen sich gemeinsam mit Geflüchteten in freundschaftlichem Verhältnis auf der Bühne des öffentlichen Interesses im öffentlichen Raum.

Nicht alle Initiativen stellen sich allerdings offensiv einer rechtsextremen Agitation entgegen. So konnten wir beispielsweise in Dresden zwar ein starkes Engagement in vielen Initiativen beobachten, gleichzeitig findet es in der Öffentlichkeit wenig Sichtbarkeit und sucht diese auch gar nicht. Vielmehr beschreiben Ehrenamtliche ihr Engagement als persönliches Bedürfnis, nicht nur *gegen* etwas (Pegida) zu sein, sondern auch *für* eine Sache einzustehen. Diesem Bedürfnis konnten sie am ehesten in der praktischen Sorge-Arbeit mit Geflüchteten entsprechen. In der Situation starker rechter Dominanz ging es den hier befragten Ehrenamtlichen um die persönliche Gesundheit: Die Ohnmacht angesichts der rechtsgerichteten Demonstrationen hatte psychische und physische Effekte. So berichtete eine Ehrenamtliche, sie sei angesichts der Pegida-Demonstrationen „krank geworden“ (E12) bis sie begonnen habe, „etwas Nützliches“ für die Flüchtlinge zu tun. Unter diesen Bedingungen bestehen Ehrenamtliche aber weder auf Sichtbarkeit noch auf das Austragen des Konflikts in der Öffentlichkeit, sondern verstecken ihre Arbeit geradezu vor der Öffentlichkeit. Eine Dresdnerin fasste es zusammen: „Wir sind hier nur ein bisschen leiser und stiller und tun das lieber quasi im Untergrund“ (E14). Diese erschreckende Situation, dass das gesellschaftliche Engagement im Ehrenamt „im Untergrund“ stattfindet, statt politische Anerkennung zu erfahren, verweist auf dringenden politischen Handlungsbedarf.

2.4. Integration in die postmigrantische Gesellschaft

Aus der praktischen Unterstützung beim Ankommen der Geflüchteten ist aus Sicht der Engagierten längst mehr geworden als eine logistische Herausforderung. Es geht in der Reflexion der Ehrenamtlichen darum, eine Gesellschaft zu gestalten, die Teilhabe auch mit sehr unterschiedlichen Ausgangsbedingungen ermöglicht und deren Zusammenhalt durch die Anerkennung von Diversität und solidarischem Handeln gestaltet wird. Dass für die bundesrepublikanische Gesellschaft die Migration konstitutiv ist – eine Perspektive, die Naika Foroutan und andere als postmigrantisch bezeichnen (Foroutan 2016) – ist in manchen Regionen nicht immer selbstverständlich. Dementsprechend fehlt teilweise eine Institutionalisierung von Antidiskriminierungsprogrammen oder schlichtweg eine öffentlich geführte Debatte über Teilhabechancen und Differenz – selbst wenn sowohl Migration durchaus präsent war, wie auch der Rassismus und Rechtsextremismus. Nichtsdestotrotz setzen sich die ehrenamtlich Engagierten zu den bundesdeutschen Diskursen über Integration ins Verhältnis und entwickeln eigene Positionen dazu, wie sich bereits in der oben genannten Kritik am Integrationsgesetz gezeigt hat. Aus dem starken emotionalen Einlassen, das bis zu Familienverhältnissen führen kann, entstehen auch ähnlich wie in Familien ablaufende Diskussionen um Differenz und um deren tolerierbares Ausmaß.

Dabei lassen sich mehrere Stränge beobachten. Ein Teil der Engagierten begreift die Begegnung mit ihnen unbekanntem Wertvorstellungen als „Bereicherung“ (G6), wodurch ein gegenseitiger Prozess des Lernens ausgelöst wird, der „nie ein einseitiger Prozess“ sein kann. Dabei machen sie nicht nur Erfahrungen mit neuen Menschen, sondern auch mit den eigenen Vorurteilen und Bildern im Kopf. Es scheint die Bereitschaft zu existieren, eigene Bilder in Frage zu stellen. Durch die Begegnung und das Einlassen auf die neu Ankommenden entstehen so durchaus Brüche z.B. mit dem hegemonialen Diskurs um Emanzipation und Freiheit, der in der Bundesrepublik als Gegen-

teil vom muslimischen Kopftuch als Wert inszeniert wird. Ein Ehrenamtlicher aus Groß Schönebeck beschrieb diesen Prozess anhand des Beispiels, dass bei ihnen ankommende geflüchtete Frauen die „schwarzen Gewänder“ erst hier angelegt haben, „weil sie der Meinung waren, sie sind jetzt in einem Land, wo sie ihre Religion leben dürfen.“ Der Ehrenamtliche hat anhand dieser Beobachtung und Gespräche sein Verständnis von Emanzipation überprüft und aufgrund dieser Außenperspektive auf grundgesetzlich verankerte Werte verändert (G2).

Der Tendenz zu absoluter Offenheit gegenüber anderen Werten und der Bereitschaft eigene Vorstellungen zu hinterfragen, stehen aber auch klassische Vorstellungen von „Integration“ gegenüber, in denen die neu Ankommenden Werte annehmen müssen. In diesen wird das Hinterfragen der eigenen Werte eindimensional von den neu Ankommenden erwartet, die „bestimmte Kriterien“ wie „Religionstoleranz, Toleranz gegenüber allen Sexualitäten, die es so gibt, Toleranz gegenüber der Gesellschaft in Deutschland“ erfüllen sollten (G2). Eine solche Appellation beinhaltet auch einen gewissen Zweifel, ob die Bereitschaft, die Kriterien zu erfüllen, tatsächlich besteht. Diese im Grunde bei allen in der Bundesrepublik lebenden Menschen einzufordernden „Kriterien“, werden hier implizit als Defizit bei Geflüchteten angenommen.

Größtenteils sehen die Ehrenamtlichen jedoch die Bringschuld zunächst bei den staatlichen Angeboten für Teilhabe und zeigen eine gewisse Gelassenheit bei der in „den Medien“ viel diskutierten Frage der geteilten Werte. Sie gehen überwiegend ganz selbstverständlich davon aus, dass die Geflüchteten, wenn sie dabeibleiben wollen, „auch schon wirklich Einwohner unseres Landes werden, wie alle anderen mit gleichen Rechten und natürlich auch Pflichten“ (G7). Ihr Fokus richtet sich dabei auf den Prozess des Schaffens von Teilhabemöglichkeiten, und da sehen sie sich „Vertreter und Kämpfer für diese Menschen“ gegenüber „der Bürokratie“, um die bestehenden Rechte durchzusetzen (G7). Angesichts der Schwierigkeiten, die Geflüchtete haben, eben diese Rechte zu erlangen, auch aufgrund einer sich immer wieder verändernden gesetzlichen Lage, handeln die Initiativen in einem Sinne politisch, der sich Hannah Arendts Verständnis vom Politischen zu eigen macht, nämlich die Verhandlung darüber, wer das Recht hat, Rechte zu haben (Arendt 1968).

2.4.1. Willkommenskultur? Einen „Weg ins neue Leben schaffen“

„Das Ziel ist ja ganz klar. Wir wollen den Menschen, die hier bei uns gelandet sind, ob freiwillig oder unfreiwillig, definitiv helfen und den Weg in das neue Leben hier irgendwie ebnen oder irgendwie möglich machen.“ (G4)

Der Begriff der „Willkommenskultur“ wird in den Initiativen, die seit dem Sommer 2015 als ihre Verkörperung gesehen werden, sehr kontrovers diskutiert. Die wenigsten identifizieren sich mittlerweile mit dem Begriff, weil sie entweder die dadurch suggerierte Unterteilung in „die, die willkommen heißen“ (G2) und „Geflüchtete“ überwinden möchten, und stattdessen den „Freund oder Mitbürger“ sehen. Sie sind aber auch skeptisch, das eigene Engagement so zu bezeichnen und zwar aus mehreren Gründen. Erstens geht ihre Arbeit längst über das hinaus, was damit verknüpft wird, nämlich die Bilder winkender Menschen an Bahnhöfen, und zweitens fehlt ihnen eine staatliche und politische Willkommenskultur. Beide Dinge werden miteinander verknüpft, wenn sie ein Verständnis für ihr Engagement als Arbeit entwickeln, die kräftezehrend ist und Hartnäckigkeit und die Bereitschaft erfordert, auch in die Konfrontation mit Behörden zu gehen. Ein Ehrenamtlicher fasst diese Wandlung des Engagements zusammen, indem die Arbeit der Ehrenamtlichen als etwas beschreibt, das „viel Kraft kostet“ und „extrem kompliziert und anstrengend“ ist, da es darum gehe „den Anhörungstermin vorzubereiten“, dabei zu unterstützen, die richtigen Pa-

piere, Wohnung und Arbeit zu bekommen, wobei sie „in Kauf nehmen, dass sie Hausverbote bekommen oder einstweilige Verfügungen erlangen, um dann wieder doch mitgehen zu können“ (E5). Anhand dieser Beschreibung wird auch deutlich, mit welchen Hürden das Durchsetzen der abstrakt vorhandenen Rechte von Flüchtlingen in Deutschland verbunden ist. Die Initiativen sind daher vor allem auf der praktischen Ebene mit der Bürokratie beschäftigt, wodurch sie auf der symbolischen Ebene etwas erzeugen, was ihnen eben in den staatlichen Angeboten fehlt – „den Flüchtlingen das Gefühl zu geben, anerkannt zu sein, nicht isoliert zu sein“. Sie sehen den symbolischen „Mehrwert“ ihrer Arbeit darin, Geflüchtete „in die lokalen Gemeinschaften und Gesellschaften reinzuholen“ (G4).

2.5 Vielfältiges Engagement: Die Zusammensetzung der Initiativen

„Das ist, glaube ich, der bunteste Haufen von Menschen, mit dem ich hier so Kontakt habe in Dresden“. (E13)

Die Gruppe der Unterstützer*innen ist überaus heterogen zusammengesetzt. Das Spektrum der Engagierten wurde in den Interviews als generationen-, konfessions-, parteiübergreifend und weitgehend unabhängig von sozioökonomischen Faktoren beschrieben. Dennoch lassen sich innerhalb dieser Diversität einige Tendenzen identifizieren:

Ein wesentlicher Faktor für die Intensität des Engagements ist die verfügbare Zeit. Ein großer Teil der Engagierten setzt sich zusammen aus Schüler*innen, Student*innen, freiberuflich Tätigen, Sozialhilfeempfänger*innen und Rentner*innen, die einerseits viel Zeit besitzen oder über ihre Zeit freier verfügen können, als in Vollzeit Beschäftigte. Aus diesem Grund sind vor allem Jüngere und Ältere aktiv. In den von uns geführten Interviews überwiegen Personen ab 50 Jahren aufwärts, Personen zwischen 30 und 45 Jahren waren dagegen viel weniger vertreten.

Große Vielfalt herrscht auch in Bezug auf die Motivation: Als einigendes Moment wird der allgemeine Wunsch zu helfen und sich mit seinen individuellen Fähigkeiten einzubringen beschrieben: „Jeder der Zeit hat, jeder, der ein Herz hat, jeder der will, egal was er kann. Es wird irgendwann, irgendwie alles gebraucht“ (E14).

Verbreitete Begeisterung besteht über den offenen sozialen Austausch. Die Arbeit mit Geflüchteten wird als Betätigungsfeld beschrieben, das Kontakte mit Personen aus allen gesellschaftlichen Bereichen und Konstellationen schafft und somit über den individuellen Freundes- und Bekanntenkreis hinaus zu neuen Bekanntschaften führt. Den hier interviewten Engagierten gilt es überwiegend als große persönliche Bereicherung, mit Menschen zusammenzuarbeiten, mit denen sie in ihrem Alltag wenig Berührungspunkte haben. Sie erfahren ihre Arbeit als produktiven Kontext, in dem sie selbstreflexiv auch viel über sich selbst lernen können:

„Ja, aber wir haben natürlich auch gemerkt, dass über die Bildung dieser Initiativgruppe Menschen zueinander gekommen sind und jetzt miteinander arbeiten und was zu tun haben und im Austausch sind, die sonst auch wenig miteinander zu tun hatten. Also unsere Gruppe ist so bunt gemischt, von alteingesessenen Leuten, die hier geboren sind, sage ich mal, und Zugezogenen und auch von den beruflichen Prägungen her haben jetzt Menschen etwas miteinander zu tun und das hat natürlich auch immer eine Wirkung. Von daher ist es schon etwas, das in die Gesellschaft und in das Umfeld direkt wirkt.“ (E10)

2.5.1. Geflüchtete als freiwillige Helfer*innen und Einbezug von Geflüchteten

In vielen Initiativen ist es Alltag, dass Geflüchtete in allmählich wachsendem Umfang oder bereits von Anfang an Aufgaben und Verantwortung übernehmen. Dabei herrschen jedoch Unterschiede in Bezug darauf, inwieweit das Engagement Geflüchteter auf Augenhöhe stattfindet oder eher zugewiesen, bzw. eingefordert wird. Teilweise werden behutsam Räume geschaffen, in denen Selbstorganisation von Geflüchteten ermöglicht werden soll:

„B. hat jetzt angefangen, schon Leute zu begleiten zu den Behörden, zu den Ämtern, wo er sagt, ich bin da fit, ich kann das und ich kann das übernehmen. Das müssen wir fördern und da dürfen wir uns auch nicht zu sehr vordrängeln und sagen, das machen wir jetzt, sondern das muss man unterstützen.“ (G5)

2.5.2. Migrationsgeschichte(n) der Helfer*innen

Engagement in der Flüchtlingshilfe ist nicht reserviert für Personen mit deutscher Herkunft oder Staatsbürgerschaft. Die Gruppe freiwillig Engagierter ist vielmehr als Spiegelbild Deutschlands postmigrantischer Gesellschaft vorstellbar: Viele Helfer*innen wurden nicht in Deutschland geboren oder sind manchmal selbst ehemalige Geflüchtete. Sie verfügen über ein großes Know-How für die Bedürfnisse und Anliegen der Neuankömmlinge und können nicht zuletzt durch ihre Sprachkenntnisse essentielle Aufgaben übernehmen und wichtige Rollen einnehmen:

„Beim zweiten „Pieschen für Alle“-Treffen tauchten die ersten [auf], die aber schon längst nicht mehr Flüchtlinge waren, sondern schon Dresdner geworden waren, nämlich Kurden. Also es gab ja schon mal so eine große Flüchtlingswelle aus der kurdischen Türkei und die waren inzwischen schon 15, 20 Jahre hier.“ (G7)

In den Interviews wurde zudem deutlich, dass das aktuelle Engagement für Geflüchtete für einige Unterstützer*innen in Zusammenhang mit persönlichen oder transgenerationellen Erfahrungen von Migration, Flucht oder auch Vertreibung in den Familiengeschichten oder aus den frühen Kindheitserfahrungen älterer Engagierter steht. Wichtige Referenzpunkte sind Flucht und Vertreibung in der Nachkriegszeit ab 1945 und Flucht aus der DDR:

„Da meine Großeltern ja selbst eigentlich damals aus Schlesien her geflüchtet sind vom Krieg, dachte ich mir, muss man halt den Leuten auch helfen und da bin ich auch immer noch der Meinung, den Leuten, die halt Hilfe brauchen, auch Hilfe anzubieten.“ (E11)

Es werden aber auch weiter zurückliegende Migrationen nach Deutschland angeführt, die veranschaulichen sollen, dass Deutschland schon immer von Migration geprägt wurde:

„Welcher Deutscher hat das nicht? Also mein Vater ist aus Königsberg geflohen, 44 mit seiner Familie. Die Mutter meines Vaters ist als Hugenottin umgesiedelt. Meine Mutter heißt R., ist jetzt auch nicht Meyer/Müller/Lehmann/Schulze. Also es gibt ja in Deutschland kaum einen, der nicht in den letzten 100 Jahren irgendwo umgesiedelt, verlegt, vertrieben wurde.“ (E14)

2.5.3. „Ost“ und „West“ in den Aushandlungen um Diversität

Ein beträchtlicher Teil der Interviews wurde in ostdeutschen Kommunen in Brandenburg und Dresden geführt. Ein wiederkehrendes Thema war die Rolle von Zugezogenen aus Westdeutschland bzw. Berlin und daran festgemachte Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Innerdeutsche Migrationserfahrungen von Westdeutschland in die ostdeutschen Kommunen, in denen die Interviews geführt wurden oder von Ostdeutschland nach Schwaben und Bayern werden in den Narrativen als Beispiele angeführt, um eigenes Erleben von Fremdheit zu illustrieren. Der Rückgriff auf diese Erfahrungen dient als Motiv des Engagements. Dies ist teilweise mit einem negativen Bild der Gesellschaft in den ostdeutschen Kommunen und dem Wunsch, diesem etwas entgegenzusetzen, verbunden. Teilweise macht die verhältnismäßig kleine Gruppe der Zugezogenen die Mehrheit der Engagierten im Ort aus:

„Ich habe festgestellt, bei diesem runden Tisch, wenn da so eine Vorstellungsrunde ist, es sind meist Zugezogene, es sind nicht die Einheimischen. Ich bin auch zugezogen, aber es sind wirklich nicht die Einheimischen und das erschreckt mich so ein bisschen. Aber, okay, die Brandenburger sind eh so etwas ein eigenes Völkchen“. (G2)

Über den Kontakt mit Geflüchteten haben einige Befragte erstmalig ein Verhältnis zu Migration entwickelt. Ehrenamtliche führten dies in den Interviews unter anderem auf einen Stadt/Land Unterschied zurück. In den Städten gäbe es viel mehr Berührungspunkte mit migrantischem Leben in Deutschland: „Ich glaube, dass tatsächlich der örtliche Wechsel aus der anhaltischen Provinz in die Großstadt ein ausschlaggebender Punkt war“ (E4).

Aus den Interviews geht hervor, dass diese ausnahmslos als positiv beschriebenen, selbst-reflexiven Prozesse nicht an einen ost- oder westdeutschen Hintergrund gebunden sind. Dass dies der Fall wäre, ist allerdings eine Vorstellung, die aus der Gruppe der Zugezogenen angeführt wird:

„ich komme aus NRW und ja, da ist es ein bisschen anders. Also ich meine, selbst in meinem kleinen Örtchen waren natürlich mehr Ausländer als hier in Dresden, ganz ehrlich, als ich hier angekommen bin, das ist schon heftig gewesen. Ja, ich glaube, deswegen reagieren die Leute hier auch so, weil sie das eben überhaupt nicht gewohnt sind. Die kommen teilweise wirklich von Dörfern. Die haben noch nie einen Ausländer vorher gesehen.“ (E13)

Diese Annahme bestätigt sich im Interviewmaterial jedoch nicht. Berichte von Auslandsaufenthalten zu DDR-Zeiten und neueren Bezügen seit der Wende relativieren die pauschale Vorstellung einiger Zugezogener, dass ehemalige DDR-Bürger*innen generell wenig Erfahrung mit Migration und anderen Kulturen hätten.

3. Handlungsempfehlungen für Politik / Zivilgesellschaft

3.1. Handlungsempfehlungen für die Initiativen und die Zivilgesellschaft

- Ehrenamtliche Initiativen haben direkte und indirekte politische Effekte auf die sozial-räumliche „Atmosphäre“ in ihren Kommunen. Dass sie dabei z.T. staatliche Aufgaben übernehmen, ist Gegenstand kontroverser Debatten. Ein aus unserer Sicht jedoch kaum ersetzbarer Effekt ihrer Arbeit ist ihr Beitrag zur Deeskalation der flüchtlingspolitischen Debatte und ihre demokratiefördernde Grundlagenarbeit. Diese gesellschaftspolitische Dimension ihres Engagements können Initiativen stärker in den Vordergrund stellen und sich zu ihrem Beitrag öffentlich bekennen.
- Die Ergebnisse unserer Forschung legen es nahe, dass Ziele und Angebote der ehrenamtlichen Arbeit noch nicht ausreichend in Kooperation mit Geflüchteten abgestimmt und entwickelt werden. Dies zeigt sich z.B. am Thema Gleichberechtigung und Emanzipation geflüchteter Frauen. Ob diese spezielle Angebote benötigen und wie diese aussehen sollten, sollte nicht a priori festgelegt, sondern im Dialog und partnerschaftlich ermittelt werden.
- Ehrenamtliche können sich besser und mehr austauschen. Für viele Probleme und Herausforderungen wurden andernorts schon gute Konzepte und Lösungen gefunden. Regionale Vernetzungen und Treffen mit „Best-Practice-Börsen“ könnten helfen, ein Lösungsangebot für lokale Probleme zu finden.
- Geflüchtete brauchen Unterstützung bei einer ganzen Reihe von alltäglichen und bürokratischen Hürden. Dies bedeutet aber nicht, dass sie vollständig ohne Handlungsmacht und Organisationswissen wären. Immerhin handelt es sich um Menschen, die eine beschwerliche Reise von mehreren tausend Kilometern bewältigt haben. Um Tendenzen zu einer einseitigen Betreuungsmentalität entgegenzuwirken, sollten Ehrenamtliche Flüchtlinge im Sinne der Teilhabe am demokratischen Gemeinwesen dabei unterstützen, Interessen und Fähigkeiten selbstorganisiert zu entfalten. Etablierte Migrantenselbstorganisationen könnten dabei geeignete Kooperationspartner sein.

3.2. Handlungsempfehlungen für Staat und Politik

- Ehrenamtliche brauchen Rückendeckung. Sie müssen nicht nur darauf vertrauen können, dass ihre Arbeit von den politischen Akteuren, insbesondere den demokratischen Parteien sowie relevanten gesellschaftspolitischen Akteuren wertgeschätzt wird. Ihre Arbeit kann außerdem nur gelingen, wenn die Vertreter*innen von Politik und Staat sich offen und unmissverständlich für demokratische Prinzipien und eine offene Gesellschaft aussprechen. Auf politischer Ebene bedeutet dies, dass Politiker*innen sich öffentlich sichtbar vor die Initiativen stellen, auf der Ebene von Verwaltungshandeln könnte dies z.B. bedeuten, dass Behörden auf Landes-, Bundes- und kommunaler Ebene Maßnahmen im Sinne einer „interkulturellen Öffnung“ ergreifen.
- Ehrenamtliche und Flüchtlinge haben in kurzer Zeit viel Wissen über systematische Hürden und Hindernisse bei der Integration von Geflüchteten akkumuliert. Das Wissen über diese Probleme muss gesammelt und systematisiert werden und sollte auch im Sinne einer Beseitigung unnötiger Hindernisse staatlichen Stellen zugänglich gemacht werden. Zu diesem Zweck ließe sich etwa ein Sachverständigenrat einrichten, der eine Reform von Verwaltungsvorschriften begleiten kann. Einem solchen Gremium könnten neben Willkommensinitiativen auch Flüchtlingsräte, Organisationen von Geflüchteten, Verwaltungsrechtler*innen und andere Expert*innen angehören.

- Vielerorts beklagen sich Initiativen, dass ihnen durch die Arbeit Kosten entstehen, wie etwa durch die in ländlichen Gegenden notwendigen Fahrdienste. Bund, Länder, aber auch zivilgesellschaftliche Organisationen und Wohlfahrtsverbände könnten Initiativen unkompliziert mit einer niedrigschwelligen Mikroförderung durch eine Ehrenamtsstiftung finanziell unterstützen. So existiert etwa in Thüringen eine solche Stiftung, die Projekte und Maßnahmen von Initiativen mit bis zu 1.000 Euro für Sachmittel oder Aufwandsentschädigungen unterstützt.

Literaturverzeichnis

Arendt, Hannah (1968): "The Decline of the Nation-State and the End of the Rights of Men", in Hannah Arendt (Hg.): *The Origins of Totalitarianism*. San Diego, New York, London: Harcourt, Brace & World, 266–302.

Dietze, Gabriele (2016): Das 'Ereignis Köln'. *Femina Politica* (1): 93–102.

Eisnecker, Philipp/ Schupp, Jürgen (2016 mündlich): Einstellungen und soziales Engagement der Bevölkerung in Hinblick auf die aktuelle Flüchtlingszuwanderung - Entwicklungen im Jahr 2016 anhand des „Stimmungsbarometers zu Geflüchteten in Deutschland“. Vortrag auf dem Kongress der Deutschen Gesellschaft für Soziologie. Bamberg, 30.09.2016.

Foroutan, Naika (2016): „Postmigrantische Gesellschaften“, in Brinkmann, Heinz Ulrich und Martina Sauer (Hg.): *Einwanderungsgesellschaft Deutschland. Entwicklung und Stand der Integration*. Springer VS, 227-254.

Hamann, Ulrike/ Karakayali, Serhat/ Wallis, Mira/ Höfler, Leif (2016): Erhebung zu Koordinationsmodellen und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Karakayali, Serhat/ Kleist, Olaf J. (2015): *Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland*. Berlin: BIM.

Karakayali, Serhat/ Kleist, Olaf J. (2016): *Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland 2. Forschungsbericht. Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015*. Berlin: Humboldt-Universität zu Berlin.

Klinger, Cornelia (2014): Selbst- und Lebenssorge als Gegenstand sozialphilosophischer Reflexionen auf die Moderne. In: *Soziale Welt, Sonderband 20*, 21-39.

Speth, Rudolf/ Becker, Elke (2016): *Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen*. Opusculum 92. Maecenata Institut, Berlin.

Anhang: Übersicht über die Interviews

Inter- view-kür- zel	Interview			
E1	Einzelinterview 1	Berlin-Reinickendorf	1	Weiblich
E2	Einzelinterview 2	anonymisiert	1	Männlich
E3	Einzelinterview 3	Berlin-Reinickendorf	1	Männlich
E4	Einzelinterview 4	Berlin-Reinickendorf	1	Männlich
E5	Einzelinterview 5	Berlin-Tempelhof	1	Männlich
E6	Einzelinterview 6	Oderberg (Barnim)	1	Weiblich
E7	Einzelinterview 7	Oderberg (Barnim)	1	Männlich
E8	Einzelinterview 8	Berlin-Wannsee	1	Männlich
E9	Einzelinterview 9	Dallgow-Döberitz (Havel- land)	1	Weiblich
E10	Einzelinterview 10	Groß Schönebeck (Schorf- heide)	1	Weiblich
E11	Einzelinterview 11	Dresden-Gorbitz	1	Weiblich
E12	Einzelinterview 12	Dresden-Gorbitz	1	Weiblich
E13	Einzelinterview 13	Dresden-Gorbitz	1	Weiblich
E14	Einzelinterview 14	Rangsdorf (Teltow-Flä- ming)	1	Männlich
G1	Gruppeninterview 1	Berlin-Moabit	5	3 Weiblich, 2 Männlich
G2	Gruppeninterview 2	Wandlitz, Groß Schö- nebeck (Schorfheide), Berlin (gemischte Fokus- gruppe)	4	1 Weiblich, 3 Männlich
G3	Gruppeninterview 3	Oderberg (Barnim)	6	5 Weiblich, 1 Männlich
G4	Gruppeninterview 4	Dallgow-Döberitz (Havel- land)	9	6 Weiblich, 3 Männlich
G5	Gruppeninterview 5	Groß Schönebeck (Schorf- heide)	6	4 Weiblich, 2 Männlich
G6	Gruppeninterview 6	Dresden-Gorbitz	7	4 Weiblich, 3 Männlich
G7	Gruppeninterview 7	Dresden-Pieschen	6	6 Weiblich
G8	Gruppeninterview 8	Berlin-Wannsee	5	1 Weiblich, 4 Männlich

Kontakt:

Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM)
Humboldt-Universität zu Berlin
Unter den Linden 6
10099 Berlin

www.bim.hu-berlin.de

www.bim-fluchtcluster.hu-berlin.de